

Läbner Anzeiger

Telephon: Amt Lähn Nr. 24.

Lokalblatt für Lähn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Kajbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Kajbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lähn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Kajbach).

Die Ausgabe
erfolgt wöchentlich 5 mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Ämtliches Publikations-Organ
der Städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis
für Lähn und Umgegend 10 Pf. für die 1 spaltige Petitzeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mitt. 9 1/2 Uhr.

Nr. 44.

Lähn, Donnerstag, den 26. November 1908.

5. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser hörte am Montag Vorträge über Meer und Marine. — Ueber die geplante Kaiserreise nach Korfu im Frühjahr steht nunmehr fest, daß der Kaiser von Bremerhaven aus den Seereis wählen und den König von Spanien besuchen wird. Die Kaiserin wird mit ihrer Tochter und dem Prinzen Joachim wieder über Venedig nach Korfu reisen.

Der Kaiser hat sich erkältet. Der Monarch hütet vorsichtshalber das Bett, trotzdem sein Befinden keinen Anlaß zu Besorgnissen gibt. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Angaben über Reisepläne des Kaisers für das kommende Frühjahr als erfunden.

Berlin. Im neuen Reichsetat ist der Grundsatz der Sparsamkeit so erfreulich befolgt, daß es nicht nur gelang, die veranlagten Ausgaben um 92 Mill., wie es bisher hieß, sondern um eine darüber noch hinausgehende Summe zu vermindern. Laut „Kreuztg.“ sind besonders die persönlichen Kosten für Reisen und Befestigungen stark eingeschränkt worden.

Berlin. Der Schiedsvertrag wegen der Vorfälle in Casablanca ist am Dienstag im Auswärtigen Amt durch den stellvertretenden Staatssekretär v. Kiderlen-Kastner und den französischen Vizekonsul Cambon gezeichnet worden. Das Schiedsgericht setzt sich aus 5 Schiedsrichtern zusammen, die unter den Mitgliedern des ständigen Schiedsgerichts im Haag gewählt werden. Jede Regierung wird so bald wie möglich und spätestens innerhalb zweier Wochen, gerechnet vom Tage der Unterzeichnung dieses Schiedsvertrages, zwei Schiedsrichter wählen, von denen nur einer ihr Staatsangehöriger sein darf. Die so ernannten vier Schiedsrichter werden innerhalb zweier Wochen, nachdem ihre Ernennung bekannt gegeben worden ist, einen Obmann wählen. Das Schiedsgericht wird am 1. Mai 1909 im Haag zusammentreten und sofort zur Untersuchung des Streitfalls schreiten. Jede Partei wird durch einen besonderen Agenten vertreten, der die Aufgabe hat, zwischen ihr und dem Gericht als Mittelsperson zu dienen.

Friedrichshafen. Graf Zeppelin erhält in den nächsten Tagen von der Regierung 1 150 500 Mk. ausbezahlt. Den Rest der ihm zugebilligten Summe bekommt der Graf, wie einem Mitarbeiter des „Tag“ im Reichsschatzamt versichert wurde, wenn das Luftschiff „Zeppelin II“ fertiggestellt und von der Reichsmilitärverwaltung abgenommen ist.

Wien. Zwischen italienischen Studenten, die für die Errichtung einer italienischen Universität in Triest demonstrierten, und deutschen Studenten kam es in der Wiener Universität am Montag zu einem Zusammenstoß. Die Italiener sangen die Garibaldi-Hymne, die Deutschen die Wacht am Rhein. Während des Handgemenges fielen auf italienischer Seite Messerwerfgeschüsse, durch die mehrere deutsche Studenten verletzt wurden. Zahlreiche Studenten wurden auch durch Stockhiebe verwundet. Die Italiener wurden aus der Aula verdrängt. Die Polizei nahm Verhaftungen vor.

Prag. Neue Ausschreitungen gegen die Deutschen in Prag haben am vergangenen Sonntage stattgefunden und weitere Exzesse sind für die kommenden Sonntage mit dreifacher Stirne von den Hähern, den Nationalsozialen Tschechen und ihren Abgeordneten, angekündigt worden. Die deutschen Studenten, und nicht nur diese, sondern alle deutsch redenden Personen wurden wiederum, ohne den geringsten Anlaß dazu geboten zu haben, beschimpft und mißhandelt. Und wiederum sah die Polizei tatenlos den Exzessen zu und griff eigentlich nur ein, um die deutschen Studenten, die die tschechischen Angriffe abzuwehren versuchten, festzunehmen. Die österreichische Regierung

ist gegen die Tschechen nachsichtig und wagt es nicht, in ihrem eigenen Interesse und dem der Verhandlungen des Reichsrats gegen das Gesindel mit ernstlichen Maßnahmen, zunächst mit der schon längst angekündigten Verhängung des Belagerungszustandes über Prag, einzuschreiten. Daher ist auch auf absehbare Zeit keine Besserung in Prag oder anderen böhmischen Orten zu erwarten.

London. Die englische Kriegspartei hat im Oberhause einen bemerkenswerten Erfolg erzielt, indem dieses die Resolution Lord Roberts, in der für England mit Rücksicht auf einen möglichen Angriffskrieg von Seiten Deutschlands ein stärkeres Landheer gefordert wird, mit 74 gegen 32 Stimmen annahm. Die englische Regierung ließ durch den Kolonialminister Earl of Crewe erklären, daß sie die Erörterung des Antrages Roberts, durch die in ernster Zeit ernste Mißverständnisse hervorgerufen werden könnten, mißbillige und bei ihrer Ansicht verharre, daß England seinen wirksamsten Schutz in seiner Streitmacht zur See zu erblicken habe. Dem stimmt, so fügte der Kolonialminister noch hinzu, die Regierung bei, daß England ein Heer auf dem Festlande haben müsse, das stark und organisiert genug sei, um einen Ueberfall abzuweisen, eine Panik zu verhindern und den Feind zu zwingen, in solcher Macht zu kommen, daß sich für ihn bedeutende Schwierigkeiten ergäben. Weiter sagte der Minister, der Generalstab arbeite Pläne aus, die es England ermöglichen sollen, zu jeder beliebigen Zeit, an jedem beliebigen Ort die größtmögliche Truppenmacht zu werfen, wenn dies erforderlich ist. Die Unterhaltung eines Heeres von einer Million Mann, wie es Lord Roberts verlangt, würde eine jährliche Erhöhung der Heereserfordernisse von 400 Millionen Mark bedeuten. — Der Vorschlag Lord Roberts wird also auch im Unterhause kein Mehrheit finden. Er ist aber auch in hohem Maße charakteristisch für die in England weit verbreitete Versehenheit, daß Deutschland einen Angriffskrieg gegen England plane. Von hohem Interesse war es auch zu vernehmen, wie eingehend Lord Roberts, der bekannte Oberbefehlshaber im Burenkriege, die militärischen und Eisenbahntransport-Verhältnisse Deutschlands studiert hatte und wie er aus allen deutschen Maßnahmen die Kriegslust gegen England mitterte.

Teheran. Der Schah von Persien verweigert die Konstitution, die er seinem Volke feierlich versprochen hatte. Er versucht seinen Wortbruch mit der Behauptung zu verdecken, eine Verfassung widerspreche den Gesetzen der mohamedanischen Religion und werde vom persischen Volke nicht gewünscht. Richtig ist an dieser in einer feierlichen Proklamation enthaltenen Behauptung nur das eine, daß die persische Volklichkeit die religiösen Bedenken des Schahs teilt und deren Aufhebung anempfiehlt hat. Die Mehrheit des persischen Volkes fordert die Konstitution. Der ablehnende Bescheid des Schahs, wonach ein Parlament auch in der Zukunft unter keinen Umständen eingesetzt werden darf, wird die noch nicht erstickte Revolution im Lande zu hellen Flammen entfachen. Gespannt darf man auch sein, wie sich Rußland und England zu der jüngsten Proklamation des Schahs stellen werden. In einem von Rußland unterstützten Ultimatum hatte England den Schah Muhammad Ali Mirza bekanntlich aufgefordert, die von seinem Vater gegebene Verfassung wiederherzustellen. Demzufolge ist auch die oben genannte Verweigerung wieder vom Schah zurückgenommen worden.

Deutscher Reichstag.

Mit der zunehmenden Länge der Beratung über die Steuervorlagen wird deren Schicksal nicht hoffnungsvoller und die Erörterung selbst nicht

aufregender, im Gegenteil! Am Montag sprach Abg. Dr. Wiemer (fr. Volksp.). Er war gegen die Neuordnung der Zinslöhne der Einzelstaaten an das Reich, weil der Bundesrat dann nach weniger zur Sparsamkeit neigen würde. Wo sei auch die alte Sparpolitik am Hohenzollernhofe? Das Reich könne bei den Heeresausgaben gespart werden. Geboten sei eine Reichs-Verkehrssteuer, unannehmbar das Branntweinmonopol, die Gas-, die Elektrizitäts- und die Zigaretten-Bandrollesteuer, die Verbrauchsteuer zu hoch. Abg. Zimmermann (N. Formp.) forderte Schutz des Mittelstandes. Viel höher als die meisten hier vorgeschlagenen Steuern lägen eine Börsenumsatzsteuer, die Verstaatlichung der Reichsbank und des Kohlenbergbaus. Zu erwähnen sei eine Besteuerung der nicht alkoholischen Getränke. Abg. Schradner (fr. Volksp.) schloß sich dem Abg. Wiemer an. Preuß. Finanzminister v. Rheinbaben blieb dabei, daß der Bedarf mit 500 Mill. Mark nicht überschätzt sei, und verwies gegenüber Vorwürfen wegen der „kleinen“ Finanzreform des Reiches auf die Wichtigkeit der Währungsreform. Der Minister verteidigte auch die Bismarcksche Wirtschaftspolitik. Abg. v. Camp (frons.) behauptete, die Vorlagen hätten im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden. Abg. Bayer (ludd. Volksp.) fragte nach der Berechtigung hierzu und ließ eine abfällige Kritik folgen, bei der auch der Humor zur Geltung kam.

Der Dienstag brachte eine Abwechslung, es stand die Anfrage wegen des Grubenunglücks in Rabbod auf der Tagesordnung. Vorher erklärte Abg. Bayer (ludd. Volksp.), er bedauere, den preussischen Kriegsminister zu Unrecht verdächtigt zu haben, daß er der Abnahme des Zeppelinschen Luftschiffes Schwierigkeiten bereitet habe. Die Anfrage begründete Abg. Wiebeberg (Ztr.). Er brachte zahlreiche Klagen von Bergleuten vor, u. a., daß es an Wasser zur Verrieselung gefehlt habe. Ein Reichsberggesetz sei unerlässlich. Abg. Behrens (wirtsch. Berg) wandte sich gegen die Bergaufsicht. Staatssekretär von Bethmann dankte für die Teilnahme des Auslandes und bezeichnete es als ratsam, die Erfahrungen der Arbeiter mit zur Kontrolle heranzuziehen. Die preussische Regierung prüfe ernstlich, wie der Bergarbeiterschutz verstärkt werden könne. Er, der Staatssekretär, widme dieser unbedingt notwendigen Aufgabe die größte Aufmerksamkeit und hoffe damit der Sache mehr zu dienen, als wenn er an die Frage herantrete, ob das Reich durch ein Reichsberggesetz einzuschreiten habe. Preussischer Handelsminister Delbrück konnte noch kein abschließendes Urteil abgeben. Im allgemeinen sei genug Wasser vorhanden gewesen. Selbstverständlich sollen alle Zeugen vernommen werden, und er werde sie auch schützen. Der Minister ging dann auf verschiedene Beschwerden der Bergarbeiter ein und teilte mit, daß folgende Fragen von neuem erörtert werden sollen: Verrieselung, größere Sicherheit bei Sprengungen, Isolierung von Wetterabteilungen und Organisation. Vielleicht überschritten die Arbeiter doch gelegentlich Vorschriften. In der Besprechung trat Abg. Osann (nallib.) für ein Reichsberggesetz und Arbeiterkontrollen ein. Abg. Hüb griff den Kapitalismus an.